



Grüne Liste Bensheim - DIE GRÜNEN (GLB)

Wählergemeinschaft
für Demokratie und Umwelt

STVV 7.11.19 Top 12 Abschaffung der Straßenbeiträge - Rede Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Christine Deppert,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

Heute treffen wir eine weitreichende und gute Entscheidung für unsere Bürger. Die Straßenbeitragspflicht wird rückwirkend zum 7.6.2018 aufgehoben. Viele Bürgerinnen und Bürger werden von Ihrer Zahlungspflicht befreit.

Der öffentliche Straßenraum, der von allen genutzt wird, soll auch von allen gleichermaßen bezahlt werden und nicht einzelne mehr belasten.

Dies ist im Sinne der Gerechtigkeit.

Aus dem Beschluss der Landesregierung kann als frühestmöglicher Zeitpunkt der 7.6.18 gewählt werden und dies beschließen wir heute auch so für Bensheim.

Natürlich stellt sich hier sofort die Frage, um wie viel Geld es sich handelt und woher das Geld kommt, wenn keine Beiträge mehr erhoben werden?

Bei dem rückwirkenden Zeitraum vom 7.6.18 bis heute reden wir von 1,2 Mio Euro, die auf den städtischen Haushalt zukommen. Da der Jahresabschluss für 2018 bereits festgestellt und geprüft wurde, besteht hier als einzige Möglichkeit nur noch die Finanzierung über Kredite.

Jedoch ist es für uns Grüne keine Option die jetzt wegfallenden Straßenbeiträge zukünftig immer durch Kredite auszugleichen. Wir arbeiten seit Jahren an der Konsolidierung des städtischen Haushaltes. So konnten die Altfehlbeträge aus den nicht ausgeglichenen Haushalten der Jahre 2009 bis 2014 von in der Spitze einem Minus von 25,3 Mio Euro auf Minus 1,1 Mio Euro Ende 2018 abgebaut werden, weil die Jahresergebnisse der letzten Jahre positiv waren.

Die wegfallenden Beiträge wollen wir Grüne nicht über eine Erhöhung der Grund- oder Gewerbesteuer ausgleichen. Diese wurden in den vergangenen Jahren bereits erhöht. Eine Anhebung ist für uns keine Option.

Um welche Summen geht es?

In Bensheim ist für die Straßenunterhaltung der KMB zuständig. In einer Antwort vom Mai diesen Jahres, teilt der KMB mit, dass in den Jahren 2020 bis 2023 für die grundhafte Erneuerung von Straßen 18,3 Mio Euro Gesamtkosten kalkuliert wurden.

Aus den Unterlagen der Verwaltung zur heutigen Stadtverordnetenversammlung geht hervor, dass in den kommenden 6 Jahren wegfallende Beiträge in Höhe von 7,25 Mio Euro zu kompensieren sind.

Welche Lösungen gibt es?

Wir Grüne schlagen vor, an Hand vom Straßenzustandskataster die Prioritäten bei den Straßenprojekten neu zu bewerten.

Hierbei geht es uns um mehr vorausschauende und kostengünstigere Erhaltungsmaßnahmen, um die teuren grundhaften Erneuerungen weitgehend zu vermeiden.

Welche Vorschläge es an Mehreinnahmen --beispielsweise Förderungen-- oder Minderausgaben gibt, um möglichst weitere Kreditaufnahmen zu vermeiden wollen wir uns vom Magistrat bis nach der Sommerpause 2020 berichten lassen und haben dazu als Koalition einen Änderungsantrag vorgelegt.

Unser Ziel ist es, im Rahmen des vorhandenen Budgets für Straßenunterhaltung und Straßenbau mit klugen Entscheidungen die jetzt nötigen Straßen zu erhalten bzw. zu sanieren und die derzeit geplanten Gesamtmaßnahmen aller Straßen somit auf einen größeren Zeitrahmen zu verteilen. Dabei muss der Standard des Straßenzustandes nicht zwangsläufig schlechter werden.

Wir wollen also, dass der Wegfall der bisherigen Straßenausbaubeiträge der Bürgerinnen und Bürger aus unserer Sicht nicht durch den Wegfall anderer Investitionen erfolgen soll. Die Mittel, die wir als Stadt für den Erhalt und Ausbau der Straßen-Infrastruktur ausgeben, sollten gleich bleiben.

Im Rahmen der angestrebten Verkehrswende wird der Fokus dabei sowieso weg vom Auto - und hin zum Fahrrad und der Schiene gehen.

Durch die Gesetzesänderung von Straßenbeiträgen in Wiesbaden und deren Folgen für die Kommunen im Land, erwarten wir uns vom Land Hessen zukünftig mehr Unterstützung bei der Unterhaltung des bestehenden öffentlichen Straßennetzes und des Ausbaus der Radwege.

Dem Änderungsantrag der SPD können wir nicht folgen. Warum der Magistrat die Vorschläge vor der Sommerpause 2020 und nicht danach machen soll, erschließt sich uns nicht. Die Zahlen und Infos brauchen wir für den HH 2021 und dann möglichst aktuell und belastbar. Die Beratungen dazu finden im November und Dezember 2020 statt.

Wir bitten daher um Zustimmung zum Änderungsantrag der Koalition.